

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 40. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 4. November 2020, 14:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus
2.200

Vorsitz: Norbert Müller, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 8**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema
"Förderung und Unterstützung der Familien - Die
Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen
und ihren Familien sowie den Fachkräften in der
Kinder- und Jugendhilfe unter
Corona-Bedingungen"



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

19. Wahlperiode



fehl. - off.

Deutscher Bundestag

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 04. November 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU Wiesmann, Bettina Margarethe		CDU/CSU Launert Dr., Silke	
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	
AfD Huber, Johannes		AfD Harder-Kühnel, Mariana Iris	
FDP Seestern-Pauly, Matthias		FDP Föst, Daniel	
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Werner, Katrin	

29. Oktober 2020

Anwesenheitsliste
Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 1 von 2



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Tele- off

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 04. November 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
BÜ90/GR Schneidewind-Hartnagel, Charlotte		BÜ90/GR Dörner, Katja	

29. Oktober 2020

Anwesenheitsliste

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 2 von 2



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)



Tagungsbüro

Deutscher Bundestag

fehl. öff

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 04. November 2020, 14:30 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU		
SPD		
AFD		
FDP		
DIE LINKE.		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)

Fraktion

Unterschrift

Fudilok

you.

Unterschrift

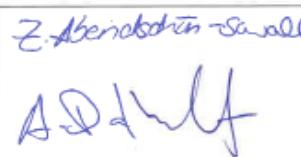
Stand: 13. September 2018 / BL4, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Förderung und Unterstützung der Familien – Die Lebensbedingungen von
Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie den Fachkräften in der Kinder-
und Jugendhilfe unter Corona-Bedingungen“
am Mittwoch, dem 4. November 2020, 15.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Prof. Dr. Nikolaus Meyer (Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda)	
Prof. Dr. Gunda Voigts (Department Soziale Arbeit, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg)	mittels Videokonferenz zugeschaltet
Zarah Abendschön-Sawall und Ayse Dalhoff (Initiative „Familien in der Krise“)	



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	8, 12, 15, 18, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 28
Abg. Bettina M. Wiesmann	19
Abg. Susann Rüthrich	18
Abg. Johannes Huber	24
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel	24

Sachverständige

Zarah Abendschön-Sawall	13, 22, 25, 26
Ayse Dalhoff	12, 24, 26
Prof. Dr. Nikolaus Meyer	10, 20, 27
Prof. Dr. Gunda Voigts	8, 15, 21, 26



Tagesordnungspunkt 1

Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Förderung und Unterstützung der Familien – Die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie den Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe unter Corona-Bedingungen“

Vorsitzender: Frau Prof. Dr. Voigts, können Sie uns hören? Müssen wir etwas machen, damit sie antworten kann, außer, dass sie ihr eigenes Mikrofon anschalten muss? Frau Prof. Dr. Voigts hören Sie uns?

Prof. Dr. Gunda Voigts (Department Soziale Arbeit, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ja, ich bin da.

Vorsitzender: Super. Was wir heute machen ist nämlich so ein bisschen Premiere.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Department Soziale Arbeit, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ich muss den Ton noch lauter stellen.

Vorsitzender: Wir hören Sie gut und deutlich und sehr laut. Und jetzt können wir Sie auch sehen.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Department Soziale Arbeit, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ich höre einen Widerhall von mir, vermutlich weil ich so laut bin?

Vorsitzender: Genau, für uns ist alles so gut wie es ist.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Department Soziale Arbeit, Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Hamburg): Soll ich mich wieder stummschalten?

Vorsitzender: Sie schalten sich bitte wieder stumm. Sie sind in der Runde der Sachverständigen die Letzte. Das heißt in ungefähr 20 Minuten.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Department Soziale Arbeit, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ok, dann hat sich das geändert. Gut.

Vorsitzender: Danke. Ich sehe an der Saaluhr, dass es 15.00 Uhr ist. Wir sollten nach dieser technischen Erprobung beginnen. Es ist prima, dass alles funktioniert.

Ich begrüße Sie am heutigen Tag zur Anhörung der Kinderkommission im Deutschen Bundestag. Diese wird heute zeitversetzt um 18.30 Uhr vom Parlamentsfernsehen übertragen und kann auf der Webseite auch noch einmal angesehen werden. Der Livestream ist dort also archiviert.

Da uns immer wieder Zuschriften erreichen, die von einer gewissen Unkenntnis unserer Arbeit zeugen, sage ich vorweg einige Worte zur Kinderkommission. Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Deutschen Bundestages, genauer des Familienausschusses. Sie existiert seit über 30 Jahren und unterscheidet sich in ihrer Arbeitsweise in drei besonderen Fällen von anderen Ausschüssen und Unterausschüssen.

Erstens: Bei uns gilt nicht das klassische Mehrheitsprinzip aus Opposition und Koalition. Das heißt, jede Fraktion entsendet in die Kinderkommission je ein Mitglied, unabhängig davon, wie groß die Fraktion ist. Die Mitglieder entscheiden im Wesentlichen im Konsens oder einer besonderen Mehrheit. Es reicht keine einfache Mehrheit, sondern bei uns braucht es für Beschlüsse eine Zweidrittelmehrheit, das heißt vier von sechs Fraktionen des Deutschen Bundestags. Diese vier müssen zusätzlich mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Familienausschusses mit ihren Fraktionen repräsentieren. Im Normalfall versuchen wir, größtmögliche Mehrheiten einstimmig oder nur mit einer Abweichung zu



erreichen. Unser Ziel ist es, uns besonders mit Belangen von Kindern und Jugendlichen zu befassen. Das tun wir traditionell mit öffentlichen Anhörungen zu verschiedenen Themen, die von der/von dem jeweiligen Vorsitzenden vorgeschlagen werden. Der Vorsitz der Kinderkommission rotiert zwischen den Fraktionen entsprechend ihrer Stärke.

Dabei kommen wir gleich zu den Mitgliedern: Zu Beginn der Wahlperiode startete die Kollegin Bettina Wiesmann von der CDU/CSU-Fraktion. Sie sitzt zu meiner rechten Hand. Sie wurde danach abgelöst von Susann Rüthrich von der SPD-Fraktion zu meiner linken Hand. Danach kam Herr Huber von der AfD-Fraktion, der sich entschuldigen lässt, weil er im Plenum ist und sicherlich gleich zu uns kommt. Danach Herr Seestern-Pauly von der FDP-Fraktion. Mein Name ist Norbert Müller von der Fraktion DIE LINKE. Ich werde den Vorsitz dann in der Schlussrunde an Charlotte Schneidewind-Hartnagel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überreichen.

Im Moment beschäftigen wir uns insbesondere mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen. Dabei geht es nicht nur um den Lockdown im Frühjahr, sondern um die Situation, in der wir jetzt sind und welche Schlüsse wir daraus ziehen können. Es geht natürlich auch um den Lockdown, aber insbesondere geht es darum, welche Schlüsse wir aus Pandemiesituationen ziehen, die uns helfen können, für die Zukunft zu lernen. Wir orientieren uns hierbei an den Regelungsinhalten des SGB VIII. In der letzten Woche haben wir uns insbesondere mit der Situation an Kitas und Einrichtungen der Kindertagespflege beschäftigt. In der nächsten Sitzungswoche werden wir uns mit der Lage im ASD und den Jugendämtern befassen.

Heute beschäftigen wir uns mit der Förderung und Unterstützung von Familien. Es geht im Fokus um die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in ihren Familien sowie den Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe unter den Corona-Bedingungen, wie wir es in den letzten Monaten seit März erlebt haben.

Ich begrüße hierzu vier Sachverständige. Die Premiere des heutigen Tages ist, dass eine unserer Sachverständigen, Frau Prof. Dr. Gunda Voigts von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg uns per Video zugeschaltet ist. Herzlich willkommen Frau Prof. Dr. Voigts. Schön, dass das so gut funktioniert. Ich begrüße Frau Zarah Abendschön-Sawall und Frau Ayse Dalhoff von der Initiative „Familien in der Krise“. Ich begrüße weiter Herrn Prof. Dr. Nikolaus Meyer von der Hochschule Fulda. Schön, dass Sie hier sind und herzlich willkommen in der Kinderkommission. Außerdem haben wir heute Frau Dahlbüdding zu Gast, die uns vom Bundesfamilienministerium ebenfalls digital zugeschaltet ist.

Vielleicht noch einige Hinweise zur Sitzung vorneweg: Im Deutschen Bundestag gilt nach Allgemeinverfügung des Bundestagspräsidenten eine Maskenpflicht. Das heißt, wer sich von seinem Platz erhebt, setzt bitte die Maske auf und kann rausgehen. An den Plätzen gilt diese nicht, wenn wir den Abstand gewährleisten können. Das haben wir nach bestem Wissen und Gewissen getan. Wir sitzen mit deutlich mehr als 1,50 m Abstand voneinander entfernt. Es gilt, die Arbeitsfähigkeit des Bundestages aufrechtzuerhalten, und da ist der Infektionsschutz nicht nur eines unserer Themen, sondern auch für uns selbst der Maßstab. Wir haben vereinbart, dass die Sachverständigen jeweils zehn Minuten für ein Eingangsstatement haben. Die beiden Sachverständigen von „Familien in der Krise“ teilen sich die zehn Minuten. In der Vorbesprechung haben wir uns darauf geeinigt, dass Herr Prof. Dr. Meyer mit seinem Eingangsstatement beginnt. Danach sprechen unsere beiden Sachverständigen von „Familien in der Krise“ und Frau Prof. Dr. Voigt beendet die Runde. Ich mache es so, dass ich nach neun Minuten ein kurzes Klingelzeichen gebe. Dann ist noch ungefähr eine Minute, wenn es am Ende zehneinhalf Minuten werden, ist das noch kein Drama. Wir sollten uns aber an ungefähr zehn Minuten orientieren, damit die Eingangsstatements nicht zu lang werden und wir noch genug Zeit für Fragen und die Debatte haben. Um 16.30 Uhr müssen wir die Sitzung schließen, weil dann das Plenum beginnt. So, Herr Prof. Dr. Meyer, Sie haben das Wort



Prof. Dr. Nikolaus Meyer (Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda): Wunderbar. Vielen Dank Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Abgeordnete, herzlichen Dank für die Einladung. Ich will Ihnen einen Einblick in eine Online-Befragung unter den Beschäftigten der Sozialarbeit geben, die in der ersten Phase des Lockdowns zwischen dem 7. und dem 15. April, also in der Phase der stärksten Kontaktbeschränkungen durchgeführt wurde. Wir hatten insgesamt fast 2.300 Teilnehmende und am Ende 1.867 verwertbare Fragebögen. Das, was uns interessiert hat, war die Frage, inwiefern denn eigentlich die Beschäftigten in der sozialen Arbeit diese Pandemiebedingungen und den Lockdown merkten? In der Tabelle sehen Sie jetzt zunächst einmal, dass unsere Befragten, die wir hier erreicht haben, aus nahezu allen Handlungsfeldern der sozialen Arbeit kommen. Besonders viele der Befragten kommen wie Sie sehen eigentlich aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Wir haben verschiedene Cluster gebildet, um verwertbare Zahlen zu erreichen. Im Cluster der Kinder- und Jugendbildung sind zum Beispiel Kindertagesstätten und ein Hort genauso enthalten, wie die Schulsozialarbeit. Wie Sie sehen, haben wir uns als erstes einmal gefragt, wer in dieser Pandemiesituation mit ihren Beschränkungen aktuell die Einrichtungen eigentlich offen hält? Wir sehen, dass über alle Handlungsfelder hinweg kumuliert nur 55 Prozent der Befragten als systemrelevant galten. Systemrelevant war trotz aller Kritik an dem Begriff für uns eine wichtige Kategorie, weil dieser den Einrichtungen den Betrieb ermöglicht und diese offen hält. Sie sehen auch in der Tabelle, dass die Systemrelevanten im Prinzip nahezu aus allen Handlungsfeldern kommen, was jedoch ungleich gewichtet ist. Besonders stark sind die Systemrelevanten in der Gruppe der Hilfen zur Erziehung und in der sozialen Arbeit in Behörden vertreten. Danach nimmt das dann ab. Besonders wenig Systemrelevante gab es in der Arbeit mit arbeitslosen Menschen und in den verschiedenen Beratungsangeboten, wozu auch die Beratungsangebote aus dem SGB VIII zählen.

An den Rückmeldungen in den offenen Antworten haben wir insgesamt erfahren, dass doch eine erhebliche Uneinheitlichkeit bei der Einstufung der Systemrelevanz existiert. Das orientiert sich

überhaupt nicht an der Frage des Handlungsfeldes innerhalb der sozialen Arbeit, sondern zwischen den Handlungsfeldern gibt es Unterschiede. Dann gibt es auch Unterschiede zwischen den Bundesländern. Ein Beispiel ist das Jugendamt in Hessen, das die dortigen Beschäftigten eigentlich erst kurz vor der Aufhebung der schärfsten Maßnahmen als systemrelevant einstuft. Insofern bleibt für uns natürlich die Frage, wer eigentlich ganz konkret die Einrichtungen offen gehalten hat? Über alle Handlungsfelder hinweg können wir erst einmal sagen, dass bei knapp 60 Prozent der Befragten in dieser Phase des Lockdowns die Einrichtungen oder der Dienst geöffnet waren. Und das betrifft vor allen Dingen eben Einrichtungen der Kinder- und Jugendbildung. Die und auch die Hilfen zur Erziehung waren besonders häufig geöffnet. Insgesamt waren bei den Befragten nur 9 Prozent der Einrichtungen und Dienste geschlossen. Das ist insofern interessant, weil unter diesen 9 Prozent vor allen Dingen der Handlungsbereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit 42 Prozent besonders hervortritt.

Vielleicht schauen wir auch noch einmal auf die Frage, wie bei den geöffneten Einrichtungen eigentlich die Hygienemaßnahmen umgesetzt werden konnten? In dieser ersten Phase antworteten uns die Befragten, dass zum Beispiel bei der Realisierbarkeit von 1,5 m Abstand dies für 49 Prozent nicht möglich und für 50 Prozent möglich war. Es ist also fast Hälften-Hälften. Gleichzeitig meldeten uns die Befragten zurück, dass in dieser ersten Phase des Lockdowns für 70 Prozent der Befragten die entsprechenden Schutzausrüstungen gefehlt haben. Besonders stark haben der Mund- und Nasenschutz und die Desinfektionsmöglichkeiten in ihrer Unterschiedlichkeit gefehlt. Gleichzeitig weisen uns die Befragten in den offenen Antworten aber auch darauf hin, dass die Hygienemaßnahmen auf Basis der professionellen Standards, die die soziale Arbeit haben, oft gar nicht möglich sind. Beispielsweise ist der 1,5 m Abstand in der Kindertagesstätte einfach aus professioneller Perspektive falsch und es kommt hier zu einer Art Konflikt.

Trotz dieser Hygienestandards erleben wir parallel aber auch eine Veränderung der Kontaktaufnahme



mit den Adressat*innen und auch mit den Kolleg*innen insgesamt. Schauen wir uns erst einmal vielleicht diesen fachlichen Austausch mit den Kolleg*innen und Vorgesetzten an, der beispielsweise im Rahmen des Kinderschutzes im SGB VIII explizit vorgesehen ist. 49 Prozent der Befragten sagen, dass sich dieser fachliche Austausch mit Kolleg*innen und Vorgesetzten über alle Handlungsfelder sozialer Arbeit hinweg erheblich verringert hat. In den offenen Antworten berichten gerade die Befragten aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, dass die Standardverfahren innerhalb der einzelnen Institution durch diese Verringerung des fachlichen Austausches in der bisherigen Form eigentlich nicht mehr eingehalten werden können. Das ist natürlich für so etwas wie die Risikoabschätzungen im Kinderschutz sehr relevant. Es gibt Befragte, die darauf hinweisen, dass ihnen die Ehrenamtlichen – so sie denn in ihrer Einrichtung vorkommen – wegbrechen. 33,5 Prozent der Befragten sagen, dass es vor dem Lockdown in ihrer Einrichtung Ehrenamtliche gab. Das reduziert sich im Lockdown auf 13 Prozent, was ein erheblicher Einschnitt ist. Selbst wenn es keine Ehrenamtlichen gibt, steigt im Ergebnis die gefühlte Belastung der Beschäftigten erheblich an.

Für 43,4 Prozent der Befragten aus allen Handlungsfeldern der sozialen Arbeit nimmt diese Belastung eben deutlich zu. Gleichzeitig spüren 18 Prozent zu dieser gefühlten Belastung eine verstärkte Nachfrage nach entsprechenden Angeboten in ihren Einrichtungen und gleichzeitig berichten uns 19 Prozent der Befragten, dass Hilfen früher als üblich beendet werden. Gleichzeitig gibt es auch eine Veränderung im Umgang mit den Adressat*innen. Wir können zunächst einmal feststellen, dass trotz der Veränderungen zwischen den Fachkräften und Adressat*innen im Lockdown Dreiviertel der Befragten in den letzten sieben Tagen in irgendeiner Form Kontakt mit ihren Adressat*innen hatten. Gleichzeitig sehen Sie aber auch an der Verschiebung in der Grafik, dass sich der Modus der Kontaktaufnahme erheblich verändert. So geht die Kontaktaufnahme von Angesicht zu Angesicht zurück, was im Zuge der Kontaktbeschränkungen zunächst einmal nicht so sehr überraschend ist. Aber wir sehen gleichzeitig, dass über alle Handlungsfelder hinweg die Frage nach Video, Chat und Telefon interessanter wird.

Die Frage nach Chat-Funktionen ist datenschutztechnisch nicht ganz unheikel, und wie die Fachkräfte dort reagiert haben, sehen wir hier noch nicht. Insgesamt bewerten 75 Prozent der Befragten, das sind 1.663 Menschen, die wir hier in den Grafiken abgebildet sehen, diese Entwicklung als überaus kritisch und als eine Verletzung eigener beruflicher Standards. Besonders kritisch wird das im Allgemeinen Sozialen Dienst in der Arbeit mit arbeitslosen oder beeinträchtigten Menschen gesehen.

Das Problem beschreiben auch die Befragten in den offenen Antworten. Ich habe Ihnen einmal zwei Zitate mitgebracht. Im ersten Zitat heißt es: „Am Telefon kann man nicht die gleiche Vertrauensbasis schaffen wie persönlich. Mit Kindern zu telefonieren, ist schwierig, Hausbesuche, um sich ein Bild zu machen, funktionieren nur vor Ort.“ Ein zweites Zitat: „Telefonische Beratung mit den Jugendlichen gestaltet sich schwierig. Sie befinden sich im Haushalt und machen möglicherweise derzeitige Probleme im Haushalt nicht offen.“

Wie geht es in der sozialen Arbeit nach diesem Lockdown weiter? Dazu haben wir gefragt, was wir jetzt überhaupt in diesen Daten sehen? Insgesamt sagen ganz viele der Befragten, dass sie in Zukunft eine verstärkte Nachfrage nach Angeboten ihres spezifischen Handlungsfeldes erwarten. Es gibt nur eine ganz geringe Quote, die sagt, dass es gleich bleiben wird. Insgesamt sehen wir in diesem Lockdown, und darauf beziehen sich auch die Zahlen, dass sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der sozialen Arbeit aufgrund von äußeren Vorgaben verändern. Das bringt sie in eine Art von Widerstreit zwischen den eigenen professionellen Standards, die längst in der Berufsgruppe sozialer Arbeit etabliert sind, und eben diesen Vorgaben. Diese Lücke, die zwischen diesen Vorgaben und den vorhandenen Standards entsteht, überbrücken die Beschäftigten in ihrer Wahrnehmung eigentlich durch einen gesteigerten persönlichen Einsatz, so dass möglichst nichts von der Lücke bei den Adressat*innen ankommt. Das führt in der Folge aber zum Ergebnis, dass die Beschäftigten der sozialen Arbeit durch diese entstandene und größer werdende Lücke zerrieben werden.



Aus der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen habe ich aus meiner Sicht drei Empfehlungen, die uns die Beschäftigten in dieser Befragung mitgegeben haben. Einerseits muss die soziale Arbeit strukturell in die Pandemieplanung eingebunden werden. Das meint nicht nur eine persönliche Ebene, auf der irgendjemand gefragt wird, sondern die 1,1 Millionen Beschäftigten und 4,8 Millionen Kinder und Jugendlichen, die heute schon in den Hilfen zur Erziehung vorhanden sind, brauchen eine viel stärkere Geltung. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel so etwas wie ein Landesjugendhilfeausschuss, welcher im SGB VIII vorgesehen ist. Dieser sollte vielleicht in die konkretere Planung solcher Pandemiemaßnahmen eingebunden werden. Gleichzeitig müssen die Betriebsmöglichkeiten aller Handlungsfelder in der sozialen Arbeit in Zukunft stärker sichergestellt werden, als das das in der Vergangenheit der Fall war. Zum Beispiel wenn die Offene Kinder- und Jugendarbeit betroffen ist. Gleichzeitig muss der Absenkung von Standards Einhalt geboten werden, wie wir es in dieser Befragung zum Beispiel bei den Veränderungen beim Kinderschutz gesehen haben. Das muss aber die Berufsgruppe tun, und das muss sie aber eben insofern tun können, als das sie die Möglichkeiten dazu hat. Insgesamt müssen wir auch sehr viel stärker die Coronafolgen in den Blick nehmen. Zu diesen Coronafolgen gibt es im Moment keine Möglichkeiten, aus der Perspektive der sozialen Arbeit und der Forschung zu sozialer Arbeit etwas zu sagen. Als letztes: Soziale Arbeit braucht in der Coronapandemie und darüber hinaus bessere Arbeitsbedingungen, denn das, was vorher nicht gut war, ist eigentlich noch schlechter geworden. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank Herr Prof. Dr. Meyer. Das Wort geht an die beiden Sachverständigen von „Familien in der Krise“. Wer von Ihnen beiden möchte beginnen? Frau Dalhoff? Frau Dalhoff beginnt und danach Frau Abendschön-Sawall.

Ayse Dalhoff (Initiative „Familien in der Krise“): Vielen Dank auch von unserer Seite. Vielen Dank, dass wir hier sein dürfen und als Expertinnen für die Bereiche Kinder, Jugendliche und deren Familien angehört werden. Bisher fühlten sich Kinder und Jugendliche und deren Familien von der Politik nicht gehört. In den letzten Sitzungen

der Kinderkommission wurden wichtige Themen beispielsweise zu frühkindlicher Bildung in Zeiten von Corona, Kinderrechte und so weiter erörtert. Wir möchten uns heute auf Themen konzentrieren, die aus unserer Elternperspektive bisher zu kurz kamen. Zudem möchten wir gerne betonen, dass wenn wir von Kindern sprechen, auch immer die Jugendlichen mit meinen. Wir unterscheiden in unserem Statement nicht.

Ein kurzes Feedback zur aktuellen Lage: Wir freuen uns sehr, dass die Kitas und die Schulen offen bleiben. Uns ist wirklich ein Stein vom Herzen gefallen. Jetzt zur Frage, wer wir überhaupt sind? Unsere Initiative „Familien in der Krise“ ist ein bundesweiter Zusammenschluss ehrenamtlich tätiger Eltern, die eine überparteiliche Lobby für Familien bilden. Wir setzen uns für die Rechte und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und deren Familien ein. Unser Ziel ist es, dies in den Fokus der Öffentlichkeit und in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen – auch über die Krise hinaus – zu rücken. Denn wir sind gekommen, um zu bleiben.

Wie geht es Kindern und Familien in der Pandemie? Die Sorgen, Unsicherheiten, aber auch Wut und Ohnmacht bleiben. Wir begleiten Eltern beim Aufstehen. Wir sitzen mit den Kindern am Frühstückstisch. Wir fahren mit auf Arbeit und begleiten die Kinder in die Kita und zur Schule. Wir sind da, wenn wir wieder einmal enttäuschte, wütende und verunsicherte Kinder trösten. Wir begleiten unsere Kinder mit ins Bett. Obwohl Sicherheit und ein verlässlicher Alltag für Kinder enorm wichtig sind, wissen sie seit Monaten nicht, was morgen oder nächste Woche kommen wird. Und die gerade getroffenen Maßnahmen sind dabei für die Kinder in Deutschland wieder ein erheblicher Einschnitt. Wir möchten das anhand von vier Themenfeldern genauer erläutern. Zunächst Bildung unter Pandemiebedingungen, dann die Belastung der Eltern, neue Normalität und die Isolationsanordnung für Kinder. Ein Zitat von einem 11-jährigen Kind: „Dieses Corona verdriibt einem aber auch alles, sogar die Schule.“ Kinder lernen ganzheitlich. Je mehr Sinne benutzt werden, desto besser setzen sich Lerninhalte in den Köpfen von Kindern fest. Nicht zuletzt deswegen stellt der klassische Frontalunterricht nicht mehr das Mittel



der Wahl dar. Kinder haben das Gefühl, dass die Öffnung der Bildungseinrichtung in der Probezeit ist.

Es gibt immer noch keine umfassenden Konzepte, die einen effektiven Gesundheitsschutz bei gleichzeitiger kindgerechter und pädagogisch hochwertiger Bildung sicherstellen. Frühkindliche Bildung funktioniert über stabile und positiv geprägte Beziehungen. Die soziale und sprachliche Entwicklung leidet unter dem Tragen von Mund-Nase-Bedeckung. Kindern mit Migrationsgeschichte oder einer Beeinträchtigung sind davon noch schwerer betroffen. Kinder brauchen Lösungen, die ihnen das Gefühl geben, dass sie unbeschwert lernen können. Dazu gehören unbedingt Bewegungs-, Spiel- und Kreativangebote und Arbeitsgemeinschaften an Schulen. Dafür braucht es kleinere Gruppen und mehr Fachkräfte. Tatsächlich aber betreuen nunmehr weniger Fachkräfte mehr Kinder. Bewegungsangebote sind eingeschränkt und statt kindgerechter Bildung reinigen pädagogische Fachkräfte die Tische und bewachen die Grenze zwischen den Kohorten. Außerdem dürfen Kinder nicht mitreden. Bei fast allen Maßnahmen, die Kitas und Schulen betreffen, wurden Kinder und Jugendliche nicht einmal befragt. Ein Zitat von einem 5-jährigen Kind: „In der Quarantänezeit hat Mama viel geschimpft.“

Elternbelastung: Eltern sind berufstätig. Wir haben Angst um unsere Jobs. Viele haben Kurzarbeit oder ihren Arbeitsplatz verloren. Andere hätten mehr als genug zu tun, aber keine verlässliche Betreuung ihrer Kinder.

Kontakte reduzieren: Kinder wachsen in Netzwerken auf, die sie in ihrer Entwicklung begleiten und die Eltern ergänzen und unterstützen. Alleinerziehende, Eltern mit weniger Ressourcen oder Kindern, mit besonderem Unterstützungsbedarf sind durch das Reduzieren der Kontakte über Wochen besonders hart getroffen, da jegliche Unterstützung wegbricht. Außer den privaten Kontakten fallen gleichzeitig Hilfsangebote medizinischer therapeutischer Art, Jugendarbeit, aber auch Freizeit- und Vereinsangebote weg. Strikte Kontaktreduzierungen über Wochen haben enorme

negative Folgen für die Kinder und die Jugendlichen. Viele Eltern, statistisch gesehen besonders die Mütter, können das nicht mehr stemmen. Ihre Ressourcen sind aufgebraucht, und daher leiden die Kinder und die Eltern haben ein schlechtes Gewissen, da sie ihren Kindern nicht gerecht werden. Ein furchtbarer Teufelskreis.

Zarah Abendschön-Sawall (Initiative „Familien in der Krise“): Ein Kind, 6 Jahre: „Nein, Mama. Keinen Gute-Nacht-Kuss, keine Küsse mehr, bis Corona vorbei ist.“ Neue Normalität. Was macht diese Pandemie mit unseren Kindern? Das ist eine der Fragen, die immer noch nicht hinreichend berücksichtigt wurde. „Mama, ich weiß gar nicht mehr, wie das Leben vor Corona war. Geht Corona überhaupt irgendwann weg?“ fragt ein 7-jähriges Kind. Kinder, die nach einem Dreivierteljahr AHA-Regeln automatisch zurückweichen, wenn sich ihnen andere Kinder auf dem Spielplatz nähern. Kinder, die panisch beginnen zu weinen, weil jemand singt. Jugendliche, deren gemeinsame Treffen aufgrund der neuen Kontaktbeschränkungen nun kriminalisiert werden, obwohl Freunde gerade im jugendlichen Alter oft wichtiger sind als die Familie. Ich zitiere aus einem Brief einer Schulleitung an die Schüler: „Wer möchte schon schuld sein, wenn in der Familie eines Mitschülers jemand an Corona stirbt, weil man selbst zu doof oder zu uncool war, die Regeln einzuhalten.“ Kleinere wie größere Kinder können und dürfen die Verantwortung, die wir ihnen durch nicht kindgerechte Hygiene- und Verhaltensregeln auferlegen, nicht tragen und fühlen sich schuldig. Kleine Kinder können aufgrund der eingeschränkten Impulskontrolle keinen Abstand halten, schon gar nicht zu vertrauten Personen. Es ist fatal, dass Erwachsene Kinder für Infektionen verantwortlich machen und Kontaktbeschränkungen, Abstandsregeln auch für kleine Kinder gelten, wenn viele Erwachsene das nicht konsequent hinbekommen. Es besteht aus unserer Sicht eine schlichte Überforderung der Kinder, für den Schutz der Gesamtbevölkerung verantwortlich gemacht zu werden. Wir Erwachsenen sind für den Schutz der Kinder verantwortlich.

„Die C. geht wieder in den Kindergarten und ich darf nie wieder!“ Mädchen, fünf Jahre. Kinder



haben einen ganz großen Sinn für Gerechtigkeit und Fairness. Dass sie vieles nicht dürfen, was Erwachsenen erlaubt ist, zum Beispiel Fußballspielen, macht sie traurig und wütend. Auch wenn einzelne Kinder in die Kita oder zur Schule dürfen, weil ihre Eltern systemrelevant sind und sie selbst zu Hause isoliert sind, ist für die Kinder schier unerträglich. Ein Mädchen, 14 Jahre: „Bei Regen dürfen wir auf dem Pausenhof nicht unter die Überdachung. Da stehen wir zu eng beieinander und mischen uns durch, aber in vollgestopften Bussen fahren, dürfen wir.“ So vieles, was ein Kinder- und Jugendleben ausmacht, ist lebensgefährlich: raufen, tobten, singen, essen und Spielzeuge teilen, laut rufen, abhängen, mit Freunden, Pyjama-Partys, gemeinsam mit Freunden lachen, weinen, aufdrehen, tanzen, der erste Kuss, der erste Sex. Jugendliche haben ein großes Bedürfnis am Austausch und an der Interaktion mit anderen Jugendlichen, und es ist ihre Entwicklungsaufgabe.

In der jetzigen Situation, die seit Montag gilt, kann alles nur im Illegalen stattfinden. Vereinsangebote, Angebote der Kirche, von Verbänden, Initiativen, aber auch viele Arbeitsgemeinschaften an Schulen finden nicht mehr statt oder sind extrem gekürzt. Dabei wäre es aus unserer Sicht ein idealer Ort, damit Jugendliche – unter Einhaltung von Hygieneregeln – sicher aufeinandertreffen und interagieren können. Wir sehen hier eine große Gefahr nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für den Infektionsschutz. „Ist der Kindergarten jetzt geschlossen, weil ich mir nicht gut genug die Hände gewaschen habe?“, fragt ein Kind seine Mutter nach dem positiven Test. Ein ganz großes Thema ist die Isolationsanordnung für Kinder. Potenziert werden sämtliche dieser Nöte, wenn ein Kind in Quarantäne kommt. Eine Quarantäne bedeutet eine massive Einschränkung der Kinder hinsichtlich ihrer Rechte auf Bildung, Autonomie, Sicherheit und der erneute Kontaktabbruch zu vertrauten Personen. Bei den Eltern entstehen Angst und Verunsicherung. Es herrscht auch Druck wegen Lohn- und Arbeitsausfall und oftmals das Problem von einer unzureichenden Bewegung oder auch Langeweile. Zudem erleben wir vielerorts Stigmatisierung der Kinder, die betroffen sind, von wegen „Du hast Dich nicht an die Regeln gehalten. Du bist schuld, dass ich nicht in die Kita oder in die Schule darf!“

Dieser zum Teil psychische und physische Ausnahmezustand, der auch durch Studien inzwischen belegt ist, kann in den Familien dramatische Folgen haben.

Ich denke, Berichte zur Zunahme der häuslichen Gewalt gegenüber Kindern und auch Frauen sind leider bekannt. Was das Ganze für uns auch unerträglich macht, dass auch nach neun Monaten Pandemie die Gesundheitsämter in allen Bundesländern für Kinder immer noch häusliche Isolation innerhalb der eigenen Familie anordnen. Das heißt, bitte ins eigene Zimmer einsperren, keine gemeinsamen Mahlzeiten, keine Annährung der Eltern oder der Geschwisterkinder an das Kind. Das geschieht wirklich noch täglich und wir erleben das jeden Tag. Und das obwohl die Bundesarbeitsgemeinschaft der Jugendämter dies als unverhältnismäßig eingestuft und der Deutsche Kinderschutzbund sogar als psychische Gewalt bezeichnet hat. Das Problem ist aus unserer Sicht, dass wir nicht von positiv getesteten Kindern im überwiegenden Fall reden, sondern von Kindern, die Kontaktpersonen waren.

Und wie werden Kinder heute Kontaktpersonen? Kinder werden Kontaktperson, weil sie in der Kita und in der Schule waren. Aufgrund der massiven Überforderung an vielen Stellen der Gesundheitsämter erfolgt keine Einzelfallverfolgung an Schulen und Kitas, sondern es werden komplette Kohorten, Jahrgänge oder sogar ganze Schulen in Quarantäne geschickt. Es werden also nicht nur die Schulen geschlossen, sondern die Kinder erhalten eine Quarantäneanordnung und müssen 14 Tage in Quarantäne. Haarsträubend und unerträglich für uns ist, dass die Kinder nach negativen Tests oder auch nach mehrmaligen negativen Tests nicht das Haus verlassen dürfen. Umso schlimmer ist dieser Umstand für uns, da Kinder als Kontaktpersonen sehr häufig vorkommen, weil sie ja auch mehr Kontakte durch die Schule und die Kita haben als andere. Das heißt, je mehr Schul- oder Kitabesuch und je mehr Kinder in einer Familie, desto häufiger trifft eine Quarantäne eine Familie. Zu Hause isoliert für 14 Tage sind für Kinder, je kleiner sie sind, eine unvorstellbare lange Zeit, und wenn die Kinder und Familien größere Angst vor der Quarantäne als vor einer Erkrankung haben, ist das



eine fatale Entwicklung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen endlich stärker berücksichtigt werden, denn Kinder müssen sich trotz Corona sicher fühlen und sich so gut wie möglich entwickeln können. Dazu gehört aus unserer Sicht unbedingt eine Differenzierung der Maßnahmen nach Alter, und zwar in allen Bereichen, nicht nur die Schule, die Kita, sondern auch das Freizeitverhalten, die Anwendung der AHA-Regeln, die Kontaktbeschränkungen. Damit würde berücksichtigt, dass auch kleine Kinder in der Pandemie eine andere Rolle spielen wie Erwachsene. Wir wollen, dass Schulen und Kitas positiv besetzt bleiben und nicht zu Angstorten werden. Auch das erleben wir, dass dort sehr viel Druck und Angst herrscht. Wir fordern, dass wir die Bildungsgerechtigkeit nicht aus den Blick verlieren. Familien sind die Basis unseres Landes, Kinder und Jugendliche unsere Zukunft. Das muss nun berücksichtigt werden. Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank Frau Dalhoff, Frau Abendschön-Sawall. Wir kommen zum letzten Eingangsstatement von Frau Prof Dr. Voigts. Ich sehe Sie und ich hoffe, Sie sehen uns auch und dass das die ganze Zeit funktioniert. Dann freue ich mich, dass wir Sie jetzt auch hören können.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ich versuche gerade, meine Präsentation freizugeben, dafür muss erst die andere raus. Jetzt ist sie raus. Ich höre einen starken Hall, ich hoffe, den haben Sie nicht. So, ich kann meine Präsentation jetzt sehen, sehen Sie sie auch? Ok, ich kann Sie nicht sehen, deswegen müssen Sie was sagen.

Vorsitzender: Ja, wir sehen Sie sehr gut.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Dankeschön. Erst einmal vielen herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr, auch wenn wir uns nicht live sehen können. Ich bin selbst Mitglied der Kinder- und Jugendkommission des Niedersächsischen Landtags und schon lange

wollen wir uns mit Ihnen treffen. Das hat uns Corona bisher verunmöglicht, aber ich hoffe, dass wir das bald hinbekommen. Jetzt komme ich erst einmal als Einzelperson in einer anderen Rolle. Darüber freue ich mich.

Zu meiner Situation: Ich sehe mich und die Folie und Sie sehe ich überhaupt nicht. Ich denke, die meisten von Ihnen können sich das inzwischen vorstellen, wie das so ist. Ich möchte etwas zu Perspektiven Jugendlicher in Coronazeiten sagen und Ihnen aufzeigen, wie ich mir vorstellen könnte, dass wir es von einem „Jugend vergessen“ wieder zu einem „Jugend ermöglichen“ schaffen. Das „Jugend ermöglichen“ kennen Sie hoffentlich alle, weil der Deutsche Bundestag den 15. Kinder- und Jugendbericht verabschiedet und diskutiert hat. Der 15. Kinder- und Jugendbericht hat die drei Kernherausforderungen des Jugendalters herausgearbeitet und soll meine erste Folie in diesem kurzen Vortrag heute sein. Zur Erinnerung: Die drei Kernherausforderungen sind die Qualifizierung, die Verselbständigung und die Selbstpositionierung. Das schreiben wir als Gesellschaft jungen Menschen in der Jugendphase als Dinge zu, die sie bewältigen sollen. Qualifizierung meint dabei die Erlangung einer sozialen und beruflichen Handlungsfähigkeit.

Versetzung meint das Erreichen einer Eigenständigkeit, also z. B. im Wohnen oder so viel Geld zu verdienen, dass ich mich davon ernähren kann und vielleicht auch meine Familie. Und Selbstpositionierung meint eine Haltung zu sich selbst, dem Gegenüber und den Mitmenschen zu finden. Das sind schon knackige Kernherausforderungen, an die Sie sich alle gut erinnern können. Der Kommission des 15. Kinder- und Jugendberichts, zu der ich auch gehört habe, ist es sehr wichtig, immer deutlich zu machen, dass bei der Qualifikation nicht stehengeblieben werden darf. Das ist für mich auch der klare Bezug zu den Coronazeiten. Auch in Coronazeiten muss eine gelingende Bewältigung der Kernherausforderungen für Jugendliche möglich sein. Das bedeutet, so steht es auch im 15. Kinder- und Jugendbericht, dass „Handlungs-, Erfahrungs- und Entscheidungsräume möglichst weitgehend eigene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen“. Wenn wir jetzt die Folie über das legen, was heute los ist,



dann bekommen wir ein ganz anderes Bild. Wir bekommen das Bild, falls überhaupt auf die Jugendphase geblickt wird, dass nur über die Qualifizierung gesprochen wird. An dieser Stelle haben wir aus meiner Sicht eine einseitige Konstruktion von jungen Menschen. Wir betrachten sie nicht als junge Menschen, sondern wir betrachten sie als Schüler und Schülerinnen, als zu Beschulende, als zu Qualifizierende.

Das abstruseste Wort, das ich in diesen Coronazeiten gehört habe, war für mich „Lernferien“. Übersetzt ist es so etwas wie Arbeitsurlaub. Was soll das sein? Hinzu kommt, dass wir eine Stigmatisierung von Jugendlichen haben. Das geht durch die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender, wo sie zur besten Sendezeit als Virenschleudern bezeichnet werden. Ministerpräsidenten nehmen auf ihren Homepages und Reden das Wort Coronapartyfeiernde in den Mund und appellieren an die jungen Menschen, das bleiben zu lassen. Auch in diversen Statements auf Bundesebene kommt von verschiedenen Leuten immer wieder vor, dass sie als Abstandsregelverletzende konstruiert werden. Das sind sie sicherlich auch, aber nicht alle, sondern das sind Einzelne genauso wie das in allen Altersgruppen der Fall ist. In der Jugendphase wird das zu einem stigmatisierenden Ausdruck der gesamten Altersphase.

Wir haben die Missachtung von Engagement und die totale Ausblendung sozialer Unterschiede und stattdessen werden Bilder propagiert, dass endlich wieder Zeit für die Familie sei. Jugendliche genießen die Zeit ohne Stress und so weiter. Der zweite entscheidende Punkt ist, dass die eigene Stimme der Jugendlichen vollkommen aus dem öffentlichen Diskurs entrückt ist. Sie ist einfach verschwunden. Ganz zu Beginn sicherlich auch dadurch, dass Jugendliche sich einfach in ihren gewohnten Räumen nicht mehr aufhalten konnten. Aber sie werden nicht mehr gehört und angehört. Die institutionellen Gefüge des Aufwachsens, vor allen Dingen die Schule und die Kinder- und Jugendarbeit, wie es der 15. Kinder- und Jugendbericht bezeichnet, waren geschlossen und werden bis heute unter Bedingungen gestaltet, die es Jugendlichen nicht möglich machen, ihre Stimme wieder zu erheben.

In den drei Unterpunkten steht noch einmal der Hinweis, dass die in unserer Demokratie institutionell vorhandenen Stimmen der Jugend, wie zum Beispiel die zuständigen Ministerien, Fachbehörden, Landesjugendämter, zu den Entscheidungen, die zur Eindämmung der Pandemie getroffen werden, überhaupt nicht angehört werden. Damit entfällt auch die Interessenvertretung aus der zweiten Stimme. Bei der Neugestaltung von Schule, die es im Moment unter Coronabedingungen irgendwie gibt und auch geben muss, ist die Beteiligung der jungen Menschen und Jugendlichen Fehlanzeige. Hier habe ich drei Folien zusammengefasst, weil klar war, dass zehn Minuten nicht viel sind. Das ist einfach noch einmal die Erinnerung, wie es eigentlich vor Corona war. Wir hatten durch Fridays for Future einen schönen Hype und haben die Jugendphase auf einmal positiv konstruiert, sie wahrgenommen, sie gehört und uns mit ihr auseinandergesetzt.

Die zweite Folie auf der rechten Seite zeigt alles das, was Sie auf Bundesebene, als Abgeordnete und in den Ministrieren mit dieser Jugendphase an Beschäftigungsfolie gehabt haben. Da ist so viel dabei.

Wir haben über jugendgerechte Kommunen, über den Jugendchat, über Partizipationskampagnen und repräsentative Beteiligungsformate gesprochen, und auf einmal ist das alles weg, als wäre es nie da gewesen.

Ich komme nun zu dem, was der wichtigste und auch schon der letzte Part meines Vortrages ist. Ich habe es die „Perspektiven des mit Corona leben für das Jugendalter“ genannt. Wie kann das aussehen? Ich habe mich mit den ersten Studien auseinandergesetzt, die es inzwischen gibt und aus meiner Sicht zusammengetragen, was vielleicht am Ende in Ihrem Papier stehen könnte. Denn das ist ja Ihr Ziel, so habe ich es zumindest in der Einladung gelesen. Es ist ein Plädoyer, dass es differenzierende Entscheidungen braucht. Anfang der Woche hatten wir in der AGJ eine Veranstaltung, in der jemand dieses Zitat genannt hat, welches mir gut gefallen hat. Ich weiß nicht, wer es war, deshalb steht es einfach nur so in Anführungsstrichen: „Differenzierende Entscheidungen brauchen wir.“ Was meine ich mit



Blick auf die Jugendphase? Ich meine damit, dass wir Entscheidungen brauchen, die sich an den Kernherausforderungen und Entwicklungsphasen des Aufwachsens orientieren. Wir brauchen Entscheidungen, die die Beteiligung junger Menschen mitdenken. Ganz wichtig ist, dass wir Entscheidungen brauchen, die sich an der Perspektive der Überwindung sozialer Ungleichheiten im Jugendalter orientieren. Zusammengefasst in zwei Worten wäre das Ziel, dass man von einem Reaktions- in einen Gestaltungsmodus kommt.

Diese drei Punkte möchte ich jetzt konkretisieren, und dann sind das schon die letzten drei Folien. Erstens: Entscheidungen müssen sich an den Kernherausforderungen und Entwicklungsphasen des Aufwachsens orientieren. Was könnte das sein? Das könnte sein, dass wir jungen Menschen endlich wieder Optionen geben, autonom und gemeinsam mit Gleichaltrigen ihre eigenen Wege zu finden. Jugendliche können das nur mit Gleichaltrigen. Sie brauchen die Begegnung mit ihren Peergroups, und das sollten wir im öffentlichen wie im privaten Raum ermöglichen. Hier wird schon deutlich, dass die Peergroup eine Peergruppe und nicht eine Peervereinzelung ist. Das heißt, es müssen deutlich mehr als zwei im Jugendalter sein. Das geht einfach gar nicht anders. Von meiner Seite ist es ein Werben dafür, dass der konstruktive Weg sein könnte, zu verstehen, dass die Familie vieler Jugendlichen nicht mehr die Familie im klassischen Sinne ist, sondern eben die Peergroup. Vielleicht ist das in Pandemiebedingungen ein Weg, andere Regeln für diese Jugendphase hinzukriegen. Es ist die Forderung, dass Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit hoffentlich offengelassen werden. Im Moment sind sie es noch.

Was schon wieder geschlossen hat, ist der Jugendsport. Das finde ich wirklich eine große Katastrophe, dass mit Blick auf sportliche Aktivitäten alle Altersgruppen und alle Zielgruppen über einen Kamm geschnitten werden. Ich setze mich stark dafür ein, dass der Jugendsport für Jugendliche wieder ermöglicht wird. Wir haben das mit Hygiene- und Kontaktregelungen im Mai und Juni erprobt. Natürlich kann man keinen Kontaktsport betreiben, aber man kann sich in

kleinen Fünfergruppen mit seiner Fußball- oder Handballgruppe draußen treffen und mit Abstand Joggen gehen. Die Sportvereine haben gezeigt, dass sie das super hingekriegt haben. Ich denke, das muss unbedingt wieder erlaubt werden. Die Schule muss wieder zu mehr als zu einer Qualifikationsfläche werden und von den Qualifikationsanforderungen entchlackt werden. Daran haben wir so schön vorher gearbeitet. Wir tun nach wie vor so, als würden die jungen Menschen wie eh und je zur Schule gehen und deshalb könnten wir dieselben Leistungen fordern wie immer. 2. Folie. Bei mir steht jetzt, geben Sie die Microsoft PowerPoint frei. Sehen Sie sie noch?

Vorsitzender: Ja, wir sehen sie noch.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ok gut, dann ist das nur irgendeine piepsende Fehlermeldung. Entschuldigung.

Vorsitzender: Sie müssten langsam zum Schluss kommen. Danke.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ich habe es im Blick. Es ist diese und noch eine Folie. Entscheidungen, die die Beteiligung junger Menschen mitdenken und dass wir das Engagement der Jugendlichen tatsächlich ernst nehmen. Wir müssen auch ernst nehmen, dass Jugendliche einen Beitrag zur Pandemiekämpfung leisten wollen und dass wir sie anhören und als Akteure ihres eigenen Lebens wirklich sehen. Damit verbunden ist auch die Entscheidung, sich an der Überwindung sozialer Ungleichheiten zu orientieren. Es ist dieses Plädoyer, das auch im 15. Kinder- und Jugendbericht steht. Alle Jugendlichen haben ein Recht auf Jugend. Wir wissen, dass sich gerade im Jugendalter die sozialen Unterschiede manifestieren, und wir müssen das wieder in den Blick bekommen. Wir müssen differenziert auf die verschiedenen Zielgruppen schauen, die hier noch einmal aufgelistet sind. Sie haben die Folien vor sich und können sich das noch einmal anschauen.



Die wirklich letzte Folie als mein Plädoyer zum Schluss: Jugend lässt sich nicht verschieben. Das ist anders als in vielen anderen Altersphasen. Es gibt ein kleines Fenster, in dem die Hormone springen und bestimmte Dinge erledigt werden müssen. Wir können deshalb nicht einfach so tun, als könnten die Jugendlichen alles in einem Jahr nachholen, das funktioniert nicht. Wir müssen es hinbekommen, dass die Kernherausforderungen des Jugendalters auch in Coronazeiten bewältigt werden und nicht nur auf die Qualifizierung, sondern auch auf die Verselbständigung und die Selbstpositionierung geschaut wird. Ein zentraler Schlüssel für mich ist, dass wir erstens versuchen, die Perspektiven der Jugendlichen einzunehmen, dass wir zweitens ihre Perspektiven hören, ernst nehmen und gemeinsam mit ihnen weiterführen. Vielen herzlichen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank Frau Prof. Dr. Voigts. Ich habe jetzt auf meiner Rednerliste bereits Susann Rüthrich, und schaue in die Runde, und danach Frau Wiesmann

Abg. **Susann Rüthrich (SPD):** Vielen Dank für die vielgestaltigen Einblicke, die Sie uns in das Themenfeld aus Ihrer Sicht gegeben haben. In mir ist gerade noch einmal das Bedürfnis aufgekommen zu sagen, dass wir im März alle in einer Ausnahmesituation waren, die wir alle so noch nie geprobt haben. Ich unterstelle zumindest allen, die Entscheidungen getroffen haben, dass sie nicht aus böser Absicht gehandelt haben, um Kinder, Jugendliche und deren Familien zu diskreditieren. Sondern es waren erst einmal Entscheidungen, die für sich so gefallen sind. Wir sind ja jetzt hier, um zu gucken, was sich davon angesichts des Infektionsgeschehens als notwendig erachtet hat. Wir sind jetzt alle schlauer geworden und wir wissen, was vielleicht beachtet werden muss, damit es so nicht noch einmal passiert. Dann möchte ich auch noch einmal mitgeben, dass wir die Situation manchmal nicht dramatischer schildern sollten, als sie tatsächlich schon ist. Aus meiner Sicht wurde immer mitkommuniziert, dass zumindest für die Krippen, Kitas, die Grundschulkinder, die Tagespflegekinder klar ist, dass diese keinen Abstand halten können und dort nichts mit Masken stattfinden kann. In dem Erleben in meinem Bundesland und mit meinen

eigenen Kindern weiß ich, dass es nie eine Anordnung gab, dass in der Krippe, in der Kita, in der Grundschule Masken getragen werden und dass auch die Gruppen in den sogenannten Isolationsgemeinschaften sie untereinander Kontakt haben dürfen, weil es für Kleinkinder oder noch Jüngeren umso weniger verständlich ist, dass sie Abstand halten sollen und können. Mit wachsendem Alter steigen die Anforderungen, die aber natürlich, und da sind wir uns, denke ich, einig, durchaus gravierende Folgen haben.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen. Ich habe einmal eine ganz konkrete Nachfrage direkt an Sie, Herr Prof. Dr. Meyer. Sie haben auf der einen Folie, wo Sie zentrale Ergebnisse Ihrer Befragung zusammenfassen, die Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen und im fachlichen Austausch stehen, den die Befragten angegeben haben. Gesprochen haben Sie dabei von Verringerung des Austauschs und Verschlechterungen. Veränderung muss aber nicht unbedingt Verschlechterung bedeuten. Man könnte auch unterstellen, dass bei einer Veränderung die Menschen mehr in den fachlichen Austausch gegangen sind. Ich hätte hier vielleicht einfach noch einmal eine Klarstellung, ob Veränderung in dem Sinne tatsächlich auch immer eine Verschlechterung zu bedeuten hat. Was ich Sie, Frau Prof. Dr. Voigts, gerne fragen würde ist, ob aus Ihrer Sicht sowohl die Befragten als auch die professionellen Expertinnen und Experten, die in diesem Feld unterwegs sind, auch Befürchtungen oder Auswirkungen auf der Ressourcenseite geschildert haben? Beispielsweise, ob ein bestimmtes Angebot oder eine Dienstleistung nicht mehr gemacht werden kann oder man Sorge davor hat oder tatsächlich die Frage hat, dass Ressourcen entzogen werden und die Arbeitsstelle infrage steht und ähnliches.

Wir sind, glaube ich, in vielen Ländern gerade bei dieser Frage, was es denn eigentlich für die zukünftigen Haushalte heißt und wo man sparen sollte? Aus meiner Sicht natürlich nicht bei der Kinder- und Jugendhilfe. Das scheint aber nicht überall so klar zu sein, und ich merke, dass Befürchtungen auftreten, dass gerade dort der Rotstift angesetzt werden könnte. Trifft das auch Ihre Beobachtungen oder haben Sie eher den Eindruck, dass das perspektivisch soweit in



trockenen Tüchern ist?

Was ich gerne auch Sie noch einmal fragen würde ist, ob Sie beobachtet oder herausgefunden haben, dass es Unterschiede in den Regionen zum Beispiel in den Bundesländern gibt und wie damit umgegangen wurde? Vor allem interessiert mich, ob, wenn es besser gelaufen ist, an eher, sagen wir mal, glücklich handelnden Einzelpersonen liegt oder ob es strukturelle Grundlagen dafür gibt? Hat eine bestimmte Verankerung in Gesetzen oder in ähnlichen Sachen dafür gesorgt, dass es vielleicht in einigen Regionen besser gegangen ist als in anderen?

Vorsitzender: Ok, das war schon eine ganze Menge. Ich schaue mal ganz kurz. Frau Wiesmann, gehen die Fragen auch an Prof. Dr. Meyer und Frau Prof. Dr. Voigts?

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Meine Fragen gehen an die beiden Vertreterinnen von „Familien in der Krise“ und an Frau Prof. Dr. Voigts.

Vorsitzender: Dann machen wir die einfach noch und bündeln das hinterher zusammen.

Abg. **Bettina M. Wiesmann** (CDU/CSU): Gut, sehr gerne. Ich bedanke mich ebenfalls für die Beiträge und dass Sie überhaupt gekommen sind. Ich finde es eine sehr wichtige Diskussion. Ich will mich vorab gerne erst einmal den Ausführungen von Kollegin Rüthrich ein ganzes Stück weit anschließen und auch nicht alles wiederholen. Aber noch einmal ganz grob: Ich glaube, wir sind hier das Gremium oder überhaupt die Menschen, die sich von Anfang an in dieser für uns komplett unbekannten und neuen Herausforderung und sicherlich nicht als letzte für die Perspektiven von Familien und Kindern und Jugendlichen eingesetzt haben. Insofern sage ich jetzt einmal, dass Sie viel Kritik geäußert haben, die wir in Teilen oder vielleicht auch ganz teilen. Wir haben eigentlich eine sehr ähnliche Perspektive, was sozusagen die Bedeutung dieser Aspekte angeht. In der Einzelbeurteilung ist es sicherlich ein bisschen unterschiedlich, und dazu will ich jetzt auch kurz

kommen. Zum einen möchte ich gerne Sie, liebe Frau Prof. Dr. Voigts, Entschuldigung, dass ich Sie gerade nicht so ganz richtig anschauen kann, da ich noch einmal nach Ihrem Namen schielen muss, gerne fragen, wie Sie denn jetzt nach den Ausführungen die Wiederöffnungsphase des Frühsommers und des Sommers und Frühherbstes und die Gewichtung der aktuellen Prioritäten beurteilen? Ich finde, dass wir in dieser Pandemie doch einen weiten Weg gegangen sind. Wir haben am Anfang einen totalen Lockdown gehabt, der Familien und Kinder extrem getroffen hat, und daran gab es viel Kritik. Wir haben es aus diversen Gründen so gemacht, die man alle bewerten kann. Aber wir haben aktuell einen ganz anderen Weg eingeschlagen. Zwischendrin haben wir, wie ich finde, auch sehr schnell wieder geöffnet, viele Dinge wieder in ihr Recht eingesetzt und viele Interessen gerade auch von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt. Allerdings sind kleine Dinge offen geblieben, aber vieles ist doch wieder möglich geworden. Jetzt haben wir im Teillockdown eine wirklich andere Priorität, weil mit der Bildung, im weitesten Sinne verstanden als Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung, auch die Anliegen der Eltern, was die Vereinbarkeit angeht, in der Prioritätenliste ganz nach vorne gerückt ist. Deshalb würde ich Sie gerne fragen wollen, ob man jetzt vielleicht eine Lerngruppe erkennt oder das irgendwie bewertet? Vielleicht finden Sie es falsch und wir sollten im Interesse der Jugendlichen lieber den Freizeitbereich stärker gewichten? Aber dann müsste man im Hinblick auf das Infektionsgeschehen vielleicht an anderer Stelle schärfere sein, das würde mich interessieren.

Ein zweiter Punkt für Prof. Dr. Voigts: Vom digitalen Austausch, sag ich mal, schlechtere, aber doch Alternative zum realen Austausch mit der Peergroup, war bei Ihnen jetzt gar nicht die Rede gewesen oder ich habe schlecht zugehört. Könnten Sie hier vielleicht noch einmal sagen, ob man in einer solchen aktuellen Herausforderung nicht vielleicht mehr machen könnte, da die Jugendlichen eine Gruppe von Mitbürgern sind, die am allermeisten in der digitalen Welt zuhause sind. Wie beurteilen Sie das? Jetzt eine Frage, wenn ich auch noch darf, an die beiden Vertreterinnen von „Familien in der Krise“. Ich würde Sie gerne fragen, was eigentlich Ihre konkreten Wünsche sind? Sie haben das große



Wort Strategiewechsel genannt, viele Herausforderungen und Härten in der Quarantänesituation in vielen Facetten beschrieben, aber was wären denn Dinge, die Sie sich jetzt in der aktuellen Situation ganz konkret wünschen würden? - erste Frage. Zweite Frage: In Ihrer Organisation, mit der Sie viele Eltern vertreten, gibt es sicherlich auch unterschiedliche Auffassungen. Ich nehme in meinen Diskussionen mit Eltern wahr, dass es auch viele gibt, denen die Lockerungen und die Prioritäten aktuell viel zu weit gehen. Sie sagen, dass alles für die Kinder und die eigene Familie viel zu gefährlich ist, wenn die Kinder jetzt in die Schule gehen. Könnten Sie einmal wiedergeben, was sich aus Ihrer Sicht in der Elternschaft in welcher Gewichtung abspielt? Das würde mich wirklich interessieren.

Meine Chat-Diskussionen bringen immer ein ganz breites Spektrum von Wünschen. Als letztes: Gibt es bei Ihnen eigentlich einen Ansatz: Eltern helfen Eltern? Das wäre nämlich eine sehr wichtige Dimension, denn alles von irgendwelchen Regierenden auf irgendeiner Ebene oder Parlamentariern oder sonstigen Fachleuten zu erwarten, wird in einer so umfassenden und aktuellen Herausforderung nicht klappen. Ich bin mir sicher, dass Sie Ansätze haben, sich gegenseitig zu helfen, die man wieder vonseiten der Politik unterstützen könnte.

Vorsitzender: Ok, ich würde sagen, wir machen jetzt erst einmal eine Antwortrunde, weil es schon wahnsinnig viel war. Danach habe ich die Kollegin Schneidewind-Hartnagel und Herrn Huber auf der Rednerliste. Also Sie sind nicht vergessen, das schaffen wir auch noch. Ich würde vorschlagen, dass wir mit Herrn Prof. Dr. Meyer beginnen, mit Frau Prof. Dr. Voigts fortfahren und mit „Familien in der Krise“ schließen. Es gab ja auch eine Frage von Susann Rüthrich, die an alle ging.

Prof. Dr. Nikolaus Meyer (Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda): In der Tat ist es nicht alles ganz so dramatisch. Natürlich, und darauf wollte ich hinweisen, haben wir diese Befragung zu einem ganz spezifischen Zeitpunkt gemacht. Das einmal vorausgeschickt. Wir sehen eben diese Verringerungen. Für 49 Prozent, also für

knapp die Hälfte der Befragten, verringert sich der Austausch mit Vorgesetzten, mit Kolleg*innen, und nur für 27 Prozent intensiviert er sich. Die Gewichtung ist doch schon ziemlich klar. Offen sind jetzt, und da will ich Ihnen recht geben, die Folgen, die diese Veränderungen während dieser ersten Phase des Lockdowns langfristig haben werden. Haben sie Folgen? Hat sich das wieder gefangen? Das ist im Prinzip alles noch ziemlich offen. Mein Plädoyer zu dieser Frage ist noch einmal, dass wir diese Folgen, glaube ich, noch viel stärker in den Blick nehmen müssen. Ich denke schon, dass wir auch jetzt schon Unterschiede sehen und nicht nur in den Zahlen während des Lockdowns. Wir sehen einerseits, wenn wir beim Beispiel Hessen bleiben, dass das Kinderförderungsgesetz außer Kraft ist und sich damit fachliche Standards verschoben haben. Die Frage ist jetzt, wann wir wieder zu diesen zurückkommen? Oder wie kommen wir wieder zu diesen zurück? Ich glaube, dass das jetzt die entscheidende Maßgabe ist. Natürlich gibt es auch ganz viele andere. Keiner hat verlangt oder vielleicht doch, wenn wir noch einmal bei Hessen bleiben, dass die Kinder in der Kindertagesstätte nicht singen, weil das das Infektionsgeschehen beeinflusst. Das ist natürlich ziemlich hart an den Realitäten in so einer Einrichtung vorbei. Es gibt also schon Dinge, die sich verschoben haben. Die Frage ist jetzt eben nur, wann wir wieder zu ihnen zurückkommen?

Welche haben wir auch schon wieder zurückentwickelt? Das ist, glaube ich, offen. Ich glaube, dass ist das, worum es geht und wo wir gucken müssen, wie wir damit umgehen, zumindest ergibt sich das aus den Zahlen und den Rückmeldungen, die uns die Beschäftigten gegeben haben. Aus meiner Sicht sind damit ganz viele Fragen verbunden, die eben die Berufsgruppe selber auch artikulieren muss und sagen muss, wohin wollen und können wir denn? Deshalb glaube ich, dass es so eine Art von Gremium braucht, dass in solchen Fragen mitentscheiden kann. Im SGB VIII als einziges der Sozialgesetzbücher gäbe es hierzu die Möglichkeit. Soviel vielleicht erst einmal zu mir.

Vielleicht noch einmal eine Ergänzung: Ich glaube wirklich, das, was Sie beide aufgeworfen haben,



möchte ich noch einmal unterstützen. Ich glaube, die Ebene der Organisation ist auch noch eine ganz Wesentliche. Jetzt haben wir die Lage der Beschäftigten und Adressat*innen gehört, aber wir sehen eigentlich auch Veränderungen auf der Ebene der Organisation sozialer Arbeit. Die Bank für Sozialwirtschaft rechnet auf einmal in der Kinder- und Jugendhilfe mit einer Fehlbelegungsquote von fast 40 Prozent. Das sind schon alles Dinge, die auch wieder auf Adressat*innen und Beschäftigte Einfluss haben. Vielleicht so viel erst einmal von mir.

Vorsitzender: Gut, dann Frau Prof. Dr. Voigts, Ich hoffe, das funktioniert wieder so gut.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ich denke. Ich habe so viele Fragen gehört, wenn ich jetzt alle beantworten soll, dann werde ich gestoppt. Deshalb habe ich versucht, diese in drei Themenfelder zu kriegen. Es ging um die Digitalisierung, die Ressourcen in der Kinder- und Jugendhilfe und viele Fragen hinsichtlich der Öffnungsszenarien, so habe ich es verstanden.

Ich möchte mit den Öffnungsszenarien anfangen. Ich möchte erst einmal deutlich sagen, dass ich großen Respekt vor den Menschen in den politischen Ämtern habe, die täglich diese Entscheidungen treffen müssen, und ich möchte nicht mit ihnen tauschen. Wenn man nur zehn Minuten reden darf, hat man wenige Chancen, alles das zu benennen, wovor man auch viel Respekt hat. Dann geht es darum, Forderungen auf den Punkt zu bringen. Das habe ich in meinem Beitrag versucht. Ich bin nach den Bewertungen für die Öffnungsszenarien gefragt worden und wie sich das so zieht. Mir ist wichtig, dass ich an dieser Stelle noch einmal über das Jugendalter sprechen möchte. Ich finde, dass wir an dieser Stelle sehr differenziert noch einmal gucken müssen, ob wir über Kinder im Vorkindergartenalter, im Grundschulalter usw. reden. Ich rede über die Jugendlichen. Mit Blick auf die Angebote, die es für Jugendliche in unserer Gesellschaft gibt, haben wir eine wirkliche Wiedereröffnung überhaupt nicht gehabt. Wir haben Teilöffnungen gehabt, die nicht an das heranreichen, was Jugendliche vorher

gehabt haben.

Ich nehme einmal das Beispiel der Offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen: Nach und nach dürfen sich zwar die Jugendlichen dort wieder treffen, aber nach wie vor ist das Verhältnis der Sozialarbeitenden zu den Jugendlichen nicht wieder wie vorher, weil die sozialarbeitenden Kontrolleure und Kontrolleurinnen die Einhaltung der Abstands- und Hygienebestimmungen überwachen und Teilnahmelisten führen müssen und so weiter und so fort. Da mag man jetzt draufschauen und sagen, dass alles gar nicht so dramatisch ist, aber wenn man sich anschaut, wie so ein Feld funktioniert und wie wichtig Freiraum in dieser Jugendphase ist, wo man Freiheit erleben will, dann wird vielleicht deutlich, dass das für diese Altersgrenze immer noch eine große Eingrenzung ist. Von daher werbe ich dafür, bei den Bewertungen noch einmal zu gucken, was für welche Altersgruppe wie gefragt ist.

Ich möchte noch einmal meinen hohen Respekt für den Mut und die Entscheidung, Bildungseinrichtungen offen zu halten, ausdrücken. Mit Blick auf die Jugendlichen ist mir an dieser Stelle wichtig zu sagen, dass es eben nicht reicht, die Schule lediglich als eine Unterrichtsorganisation offen zu halten. Jugendliche gehen deshalb gerne oder vielleicht manchmal überhaupt in die Schule, weil sie dort ihre Peers treffen und die Begegnung brauchen. Diese Begegnung in der Schule ist derzeit kaum möglich und ist hoch reguliert. Das ist etwas, wo ich denke, dass wir noch einmal hinschauen müssen, welche Ideen es eigentlich gibt, das anders zu machen.

Sie selbst haben schon an dieser Stelle den Freizeitbereich angesprochen. Ich habe das noch einmal stark über den Sport gemacht. Ich finde, für die Gruppe der Jugendlichen müssen wir noch einmal ganz stark auf die Freizeit gucken, weil ich der Auffassung bin, dass es allemal besser ist, sie verbringen ihre Freizeit in einem öffentlichen Raum, als dass wir sie dazu treiben, die Dinge, die sie nicht tun sollen, hinter verschlossenen Türen zu tun.



Dann zur Frage der Ressourcen. Da haben Sie etwas rhetorisch gefragt, ob die Ressourcen in der Kinder- und Jugendhilfe in trockenen Tüchern sind? Hier würde ich sagen, dass in den meisten Handlungsfeldern die Gelder und die Finanzierung noch nie in trockenen Tüchern waren. Das wissen Sie alle, die Sie in dieser Kommission sitzen. Natürlich sind die Befürchtungen bei den Fachkräften groß. Ich bin ja selber im Feld der Kinder- und Jugendarbeit unterwegs und würde mich daher als Expertin bezeichnen. Wir haben in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg eine große Befragung gemacht und darin wird deutlich, dass die hauptberuflich Aktiven im ersten Shutdown mit dem wenigen, was sie hatten, erst einmal sehr kreativ und aktiv tätig geworden sind. Es wurde aber auch deutlich, dass wenn sie digital unterwegs sein müssen, auch irgendwie digital ausgestattet sein müssen. Wenn zum Beispiel 80 Prozent der Hauptberuflichen dort über kein Diensthandy verfügen, aber auf einmal dienstlich kommunizieren sollen, haben wir nicht nur mit dem Datenschutz ein Problem. Die Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe werden uns von daher stärker beschäftigen als jemals zuvor. Das bezieht sich auch auf Felder der Jugendsozialarbeit zum Beispiel, die am Kämpfen ist, oder auch wenn wir an obdachlose Jugendliche oder Jugendliche mit Fluchterfahrung oder in Armutslagen denken.

Letzter Punkt ist die Frage nach der Digitalisierung der Jugendlichen. Ich finde, dass wir hier eine total interessante Verdrehung haben. Vor Corona hat die Erwachsenenwelt immer ganz kritisch darauf geschaut, dass die Jugendlichen angeblich alle ihre Kontakte über die digitalen Medien pflegen und sie viel zu lange dransitzen. Wir haben über Onlinesucht usw. debattiert. Das sollten wir sicherlich weiter tun. Aber auf einmal haben wir die Verdrehung und sagen, die Jugendlichen brauchen das eigentlich gar nicht, da sie doch unterwegs sind. Wenn Jugendliche befragt werden, wie es zum Beispiel Schröder und andere von der Universität Hildesheim getan haben, dann fordern die Jugendlichen ein, dass sie echte Kontakte brauchen und das Digitale ihnen nicht reicht. Es ist klar, dass dies eine wichtige Welt der Jugendlichen ist, aber die Peergroups vollziehen sich eben nicht nur im Digitalen, sondern die jungen Menschen fordern tatsächlich ein, direkte Kontakte zu haben,

und diese direkten Kontakte brauchen sie in der Resonanz, auch in der Körperlichkeit. Dankeschön.

Vorsitzender: Frau Abendschön-Sawall und Frau Dalhoff, ich weiß jetzt nicht, wer von Ihnen beginnt? Ich habe mir noch die Frage von Frau Rüthrich bezüglich der Unterschiede zwischen den Bundesländern aufgeschrieben, die, glaube ich, eigentlich an alle ging. Vielleicht wollen Sie dazu noch etwas sagen, weil Sie auch bundesweit aufgestellt sind.

Zarah Abendschön-Sawall (Initiative „Familien in der Krise“): Sehr gerne. Ich würde jetzt das Thema Jugend ein bisschen aufgreifen und kann nur zustimmend nicken, was Frau Prof. Dr. Voigts gesagt hat. Ich würde gerne zu dem Thema Sport- und Freizeitangebote für Jugendliche, aber auch für Kinder sprechen. Sport ist nicht nur Freizeit, sondern auch eine Form von informeller Bildung und von Kompetenzen, die dort heranreifen. Diese können jedoch jetzt in dem Umfang nicht mehr ausgebildet werden. Für viele Familien sind diese Sport-, Freizeit- und Musikangebote oft auch eine Form von informellen Betreuungsnetzwerken, wie ich es nennen würde. Wenn ich weiß, dass mein Kind nachmittags zwei Stunden zum Tischtennis geht, was mit Abstand und Hygiene gut möglich wäre, dann weiß ich, dass es dort gut aufgehoben ist. Finden diese Freizeit- und Sportangebote nicht mehr statt, dann brechen weitere Betreuungsmöglichkeiten für Eltern weg, die grundsätzlich nicht nur die Berufstätigkeit ermöglichen, sondern auch eine Entlastung in der für alle anstrengende Zeit darstellen. Das würde ich gerne aus der Elternperspektive noch einmal aufgreifen.

Frau Rüthrich hatte erwähnt, dass sie bei sich im Privaten Schule und Kita sehr positiv wahrnimmt. Tatsächlich haben wir zwischen den einzelnen Bundesländern eine immense Ungleichheit, was ich hier ausdrücklich betonen möchte. Im Raum Sachsen haben wir zum Beispiel eine sehr hohe Transparenz, was die Zahlen von infizierten Schülern, Schülerinnen, Lehrkräften und auch Kindern in Quarantäne angeht. Aus anderen Bundesländern hören wir nur, dass x-Klassen in Quarantäne sind oder die gar keine Transparenz



kennen. Was macht das? Das verunsichert Eltern. Sie hatten angesprochen, dass Eltern enorm verunsichert sind und sich zum Teil wieder einen Wechselbetrieb wünschen. Aus unserer Sicht herrscht hier sehr viel Angst und Verunsicherung, die seit Beginn der Pandemie nicht aufgearbeitet wurde. Ich glaube, niemand von den Eltern, die einen vernünftigen Umgang mit dem Infektionsgeschehen haben und es ernst nehmen, haben am Sinn einer Schulschließung und einer Kitaschließung gezweifelt. Viele Eltern haben gesagt, das machen wir, wir sind solidarisch, wir ziehen mit, wir sind dabei.

Was dann aber tatsächlich passiert ist, ist eine große Enttäuschung, die wir Eltern erlebt haben. Bei der Priorisierung innerhalb der Öffnungsdiskussion haben wir erlebt, dass viel geöffnet wurde, bevor die Einrichtungen für Kinder und Familien geöffnet wurden. Bei uns war der Freizeitpark offen, bevor der erste Präsenzschultag für die Kinder stattfand. Ich möchte auch noch einmal aufgreifen, dass wir in den verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedliche Regelungen haben, was Hygienevorschriften an Schulen und Kitas betrifft. Sie haben von Mund-Nasen-Bedeckung in Kitas gesprochen. Wir haben sehr wohl Mund-Nasen-Bedeckungen in Kitas beim Personal und an vielen anderen Stellen, auch im Unter-Drei-Bereich. Das hat natürlich auch eine pädagogische Konsequenz. Wir haben an vielen Orten Mund-Nasen-Bedeckung zum Beispiel an Grundschulen oder auch strenge Abstandsregeln zum Teil an Grundschulen und an weiterführenden Schulen sowieso. Ich möchte dazu sagen, dass wir uns alle kleinere Klassen und mehr Lehrkräfte wünschen, aber wir als Initiative, für die wir jetzt sprechen können, wünschen uns auf gar keinen Fall ein Wechselmodell, weil das aus unserer Sicht eine 50-prozentige Schulschließung mit einer Belastung für die Eltern darstellt. Wir könnten das Thema Wechselmodell in irgendeiner Art und Weise akzeptieren, wenn das bedeutet, dass die Verantwortung der Beschulung bei der Schule bleibt, zum Beispiel durch 100 Prozent Digitalunterricht. Ich würde gern den Punkt von Frau Prof. Dr. Voigts aufgreifen, die sagt, dass digital nicht alles ist und die Kinder unbedingt die Präsenz brauchen. Kinder können zum Teil Sachen digital ausgleichen, aber je kleiner sie sind, desto weniger

ist das möglich. Herr Prof. Dr. Meyer hat es auch erwähnt, dass Sie mit kleineren Kindern einfach auch nicht vernünftig telefonieren oder ein Gespräch führen können. Sie erreichen die Kinder nicht, je kleiner sie sind desto schwieriger ist es.

Das wäre auch eine Kernforderung von uns, dass wir einfach stärker nach dem Alter differenzieren, und zwar für alle Bereiche. Wir müssen bei allen Maßnahmen, die an vielen Stellen notwendig sind, berücksichtigen, dass Kinder in dieser Pandemie weniger betroffen sind und sich seltener infizieren. Das wissen wir heute, das wussten wir früher nicht. Sie erkranken seltener schwer oder sehr selten schwer. Auch das Helmholtz-Institut hat diese Woche wieder gesagt, dass sie für stärkere oder schwerere Erkrankungen in Risikogruppen nicht relevant sind. Kinder haben ein ganz anderes Gefühl für Zeit. Je kleiner sie sind, desto länger dauert eine Woche. Kinder müssen ganz viel Sozialkompetenz über persönliche Beziehung und Austausch lernen und erfahren. Wir können auf Ressourcen zurückgreifen und wissen, wenn wir jemanden vier Wochen nicht sehen, dass wir mit derjenigen Person trotzdem eine gute und liebevolle Beziehung haben. Das können Kinder nicht, weil sie es zum Teil noch nicht gelernt haben. Wir sehen auch, dass Kinder die digitale Unterstützung an vielen Orten nicht machen können und sehen deswegen auf jeden Fall, dass wir stärker nach Alter differenzieren müssen. Und dies nicht nur in der Schule und Kita, sondern auch im Freizeitbereich, auch bei den Regelungen, die eben im freien und im öffentlichen Raum herrschen. Abstandsgebote und Maskenpflicht auf Spielplätzen für kleine Kinder und Kontaktbeschränkungen für Jugendliche und für kleine Kinder halten wir an vielen Stellen für nicht angebracht und belastet die Kinder enorm, denn für sie ist das die Wirklichkeit und Realität.

Wir kennen die Zeit vor Corona, aber je kleiner die Kinder sind, desto weniger kennen sie die Zeit vor Corona. Die Entwicklungsfenster, Frau Prof. Dr. Voigts hatte es gesagt, die schließen sich irgendwann. Wenn sich in der Sprachentwicklung, der sozialen und emotionalen Entwicklung bestimmte Fenster, die in der Pandemie stattgefunden haben, einfach geschlossen haben, dann ist es sehr schwer, das im Nachhinein zu



kompensieren. Möchtest Du was ergänzen?

Ayse Dalhoff (Initiative „Familien in der Krise“): Ich schließe mich dem, was meine Kollegin gesagt hat, an. Wir stehen auch für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Uns ist es ganz wichtig, dass alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Das Thema Digitalisierung zum Beispiel: Auch wenn jetzt vielleicht die Kinder und Jugendlichen ein Endgerät bekommen sollten, haben sie nicht gelernt, damit umzugehen und wissen nicht, wie man damit lernt. Den älteren Jugendlichen, die jetzt ihre Hauptschul- oder Realschulprüfung machen, fehlt ein komplettes halbes Schuljahr. Es geht uns auch um Stigmatisierung bei den Jugendlichen und Kindern, die das erfahren. Wir fordern zum Beispiel seitens der Politik eine Aufklärungskampagne, dass zum Beispiel Kinder keine Virenschleudern sind. Wir und die Kinder erleben immer noch, dass sie die Bösen sind. Dass wegen den Kindern alles kippt, wenn sie sich nicht richtig verhalten. Das sind Erfahrungen, die wir machen. Daher fordern wir ganz stark, dass aufgrund der neuen Erkenntnisse, die auch schon gesagt wurden, dass je jünger die Kinder sind, sie auch einen geringeren Beitrag zum Pandemiegeschehen leisten. Wir fordern einfach, dass von der Politik aufgeklärt wird. Wir organisieren uns in Ortsgruppen, zum Beispiel die Gruppe Hessen oder die Gruppe Frankfurt, und auf Bundesebene und versuchen so, auf die Kommunalpolitik viel Einfluss zu nehmen. Wir treffen uns mit dem Oberbürgermeister der Stadt, mit den Bildungsdezernenten der Stadt, diskutieren mit Landespolitikerinnen und -politikern. Wir versuchen uns auszutauschen und fordern ganz stark, dass wir gehört werden wollen. Wir sind da. Es ist noch einmal ganz wichtig zu sagen, dass es uns ganz stark darum geht, dass kein Kind und kein Jugendlicher verloren gehen darf. Das ist einfach unser Anliegen. Es ist nicht jeder gleichgestellt, es hat nicht jeder die gleiche Situation und die gleichen Bedingungen zu Hause. Deswegen sagen wir, dass es für alle gelten muss und keiner ausgeschlossen werden darf, sondern alle gleich zu behandeln sind.

Vorsitzender: Gut, die Zeit ist schon sehr weit vorangeschritten und deswegen mache ich jetzt im Schnelldurchlauf, Charlotte

Schneidewind-Hartnagel und danach Herr Huber.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank an alle Anwesenden und alle, die bereits gefragt haben. Viele Fragen, die ich gerne gestellt hätte, sind bereits gefragt und beantwortet worden. Ich fasse mich auch kurz und stelle an alle, die hier beteiligt und eingeladen waren, folgende Frage: Alle haben mehr Partizipation und Mitspracherecht gefordert und von anderen Gruppen mehr gehört zu werden. Wir fordern seit langer Zeit einen Pandemierat, der begleitend berät und in dem auch alle anderen und nicht nur Virologen, Epidemiologen und Politiker*innen sitzen. Wäre das eine Möglichkeit, die mit Ihren Forderungen konform gehen würde? Zweitens: Kinderrechte ins Grundgesetz. Wie Sie alle gesagt haben, haben wir wieder gesehen, dass Kinder in dieser Pandemiesituation und zum Teil jetzt noch nicht gehört und übergangen worden sind. Dann möchte ich Ihnen noch eines versichern, wir sind zwar Politikerinnen und Politiker, aber der Großteil von uns sind auch Mütter und Väter. Das heißt, die Problematiken, die Sie uns hier schildern, sind nicht außerhalb unseres täglichen Alltags.

Vorsitzender: Herr Huber.

Abg. Johannes Huber (AFD): Vielen Dank. Wenn ich den Vorschlag mit einer Kommission richtig verstanden habe, dann könnte man im Bundestag eine Enquetekommission einrichten. Wir wären auf jeden Fall aufgeschlossen. Die Botschaft an die Grünen muss sein. Ich hätte nur zum Abschluss zwei Fragen an Herrn Prof. Dr. Meyer: Wenn ich Sie, seit ich hier bin, richtig verstanden habe, dann sind die Folgen psychologisch. Müssten nicht die Folgen für die Entwicklung der emotionalen Intelligenz einfach noch viel besser untersucht werden? Habe ich Sie richtig verstanden, dass es dort noch keine wissenschaftlichen Studien gibt? Dass Sie noch in der Prüfungsphase sind und noch weiterer Prüfungen bedürfen?

Die Frage an die Vertreterinnen der Initiative „Familien in der Krise“: Soweit ich Sie verstanden



habe, sind Sie für den Präsenzunterricht, der aufrechterhalten werden soll. Dann hätte ich aber schon die Frage, wie Sie die Maskenpflicht in der Schule empfinden? Ist diese jetzt einerseits für die Schüler und andererseits für die Lehrer angemessen?

Letzte Frage: Sehen Sie die Digitalisierung, die zunehmend in die Diskussion gerät, nicht nur als positiven Puffer, sondern möglicherweise auch als Gefahr, indem man sagt, die Digitalisierung haben wir in den Schulen, bei der Kinderbetreuung und im Homeoffice vermehrt und versucht nun praktisch mit diesem Vehikel, den Lockdown, die Beschränkungen im allgemeinen in die Länge zu ziehen und damit das Problem eigentlich nicht insgesamt verbessert, sondern eher den Lockdown vielleicht noch in die Länge zu ziehen und hinauszögern? Danke.

Vorsitzender: Ich glaube, die erste Fragerunde von Charlotte Schneidewind-Hartnagel ging an alle. Dann würde ich sagen, dass wir es einfach in umgekehrter Reihenfolge machen und „Familien in der Krise“ beginnt, danach Frau Prof. Dr. Voigts, dann Herr Prof. Dr. Meyer. Die Fragen, die direkt an Sie gerichtet worden sind, können Sie dabei gleich mitbeantworten.

Zarah Abendschön-Sawall (Initiative „Familien in der Krise“): Gut. Ich versuche, mich so kurz wie möglich zu halten. Eine Frage, die Sie gestellt hatten, Frau Wiesmann, war noch offen. Diese war, wie sich die Familien gegenseitig unterstützen? Das tun wir. Aber wir sind natürlich auch eingeschränkt, weil auch für Familien Kontaktbeschränkungen gelten. Das heißt, Eltern unterstützen sich sowohl in der Betreuung als auch in möglichen Angeboten gegenseitig. Wir als Initiative bieten, ich nenne das jetzt einmal so, eine Art von Mitgliederservice an, weil sich sehr viele Eltern an uns wenden und fragen, was ich machen kann, wo ich welche Infos bekomme? An vielen Stellen sind Institutionen, politische Gremien oder andere mit der Flut der Rückfragen überfordert. Wir versuchen, diese Fragen und Anregungen zu sammeln und auch gezielt zu lösen, um diese Informationen dann auch wieder gezielt an unsere Mitglieder oder Interessierten weiterzugeben. Wir wollen gerne diese Krise mit allen politischen Entscheidungskräften kooperativ und gut

bewältigen. Wir wollen sagen, schaut, diese Regeln gelten, das ist relevant, dort bekommt ihr die Infos her. Da arbeiten wir also schon sehr viel zusammen. Wir würden uns aber tatsächlich wünschen, dass auch andere gesellschaftliche Gruppen sich empathisch und solidarisch mit Familien zeigen. Beispielsweise hatten wir eine große Welle an Solidarität und sind für unsere Großeltern einkaufen gegangen. Jetzt haben wir viele zehntausend Kinder in Quarantäne, wodurch Familien enorm eingeschränkt sind. Ich würde mir einfach wünschen, dass es jetzt eine Kampagne gebe, wir gehen jetzt für die Schulkinder und Kitakinder einkaufen, sammeln für sie Kastanien im Wald, denn es ist Herbst und sie können diesen nicht im Freien erleben. Ich würde mir einfach wünschen, dass wir nicht darüber diskutieren, wie gefährlich Schulen und Kitas sind, sondern dass wir eine Welle an Solidarität und Empathie gegenüber den Kindern haben. Wie können wir, wenn eine Quarantänemaßnahme notwendig ist, das den Familien so einfach wie möglich machen, nicht nur politisch, sondern auch in der Gesellschaft. Das würde ich mir sehr wünschen.

Das Thema Digitalisierung ist ein wichtiges Thema und spielt auch im Alltag der Kinder und Familien eine Rolle. Es ist sicher nachher ein Element von Bildung, bei dem zum Beispiel über Smartboards im Unterricht clever etwas eingebracht werden kann, zum Teil auch in Kitas. Man sagt, dass wir über Tablets, NetApps, über Sachen, die heute an der Pinnwand hängen, digitalisieren und unterstützen können. Da sind wir flexibel, zum Beispiel Bilderrahmen, die an der Wand hängen und in dem Bilder durchlaufen, wo wir früher irgendwelche Fotoausdrucke hatten. Wir sehen natürlich auch eine Gefahr im Internet. Wir wissen, dass Jugendliche und Kinder im Internet vielen Gefahren ausgesetzt sind. Ich sehe tatsächlich keine Gefahr, dass irgendwelche Bestrebungen vorhanden sind, den Lockdown irgendwie künstlich zu verlängern, weil jetzt Digitalunterricht stattfindet. Ich glaube, dass dafür die Eltern jetzt schon zu laut geworden sind und klargemacht haben, dass digitaler Unterricht zuhause keinen Unterricht in Präsenz ersetzt. Ich denke, dass wir Eltern uns auch sehr einig darüber sind und sehe das überhaupt nicht gegeben.



Zum Thema Maskenpflicht: Wir wissen, dass Mund-Nasen-Bedeckungen ein Element im Infektionsschutz sind und wir sehen auch, dass je älter die Kinder sind, desto mehr kann man ihnen das auch zumuten. Man muss natürlich in allen Abwägungen berücksichtigen, dass in der pädagogischen Arbeit im Unterricht eine Mund-Nasen-Bedeckung schon eine Einschränkung bedeutet. Je kleiner die Kinder sind, desto größer sind diese. Ich denke, es ist verhältnismäßig, dass an Schulen, wo eine Durchmischung der verschiedenen Gruppen organisatorisch nicht verhindert werden kann, es auch von den Kindern erwartet werden kann, dass sie ihren Beitrag leisten und eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen. Aber Sie können sich sicher auch vorstellen, dass Englischunterricht mit Mund-Nasen-Bedeckung schwierig ist. Wir würden uns einfach eine Abwägung zwischen Infektionsschutz mit einer festen Kohorte und der pädagogischen Arbeit wünschen. Ich denke, man muss einfach immer im Einzelfall abwägen, worauf legt man denn Wert. Natürlich ist es umso schwieriger, je kleiner die Kinder sind. Ich denke, wenn die Eltern gute Vorbilder sind, dann können ältere Kinder das gut tun. Kleinere Kinder sind mit Abstandsregeln und den korrekten Handhabungen einer Mund-Nasen-Bedeckung einfach überfordert. Das muss in die Abwägung mit einfließen. Ansonsten denke ich, können wir alle unseren Beitrag leisten und sollten ihn auch leisten.

Ayse Dalhoff (Initiative „Familien in der Krise“): Ich will an dieser Stelle noch einmal etwas ergänzen. Es ist schon so, dass wir die Maskenpflicht an Schulen kritisch sehen. Wir sagen, dass die Maskenpflicht das letzte mögliche Mittel überhaupt sein sollte, um weiter die Schulen aufrechtzuerhalten. Wir sagen, dass wir für die Präsenzpflicht, aber gegen den Digitalunterricht sind. Wir sehen es auch kritisch, wenn es um den Bereich Förderschule geht oder um Kinder und Jugendliche mit einem gewissen Förderbedarf, die benachteiligt sind. Da ist eine Maske einfach nicht denkbar und einfach nicht möglich. Wenn man ein Kind mit Hörschwierigkeiten oder was auch immer hat, dann wird dieses Kind mit Maske noch weniger hören, das ist ganz klar. Ich trage selber ein Hörgerät und ich weiß, wovon ich spreche. Das wird bei den Kindern nicht anders sein, die gerade noch in der Entwicklung sind. Deswegen sollte die

Maskenpflicht das allerletzte Mittel zum Aufrechterhalten sein. Ich habe aber schon noch das Gefühl, dass einfach gesagt wird, jetzt wird die Maske genommen. Ich finde, man hätte mit der Maskenpflicht noch warten können, also dass man jetzt nicht sofort sagt, Maskenpflicht im Unterricht. Wir sehen auch in der Politik und hier, dass wir ohne Maske sitzen. Die Kinder und Jugendlichen sitzen im Unterricht aber mit Maske. Das, finde ich, ist wieder eine Verhältnismäßigkeit, wie mit Kindern in der Pandemie und uns Erwachsenen umgegangen wird. Deswegen finde ich, sollte zum Beispiel die Maskenpflicht am Platz in der Schule nicht gegeben sein. Wenn die Kinder aufstehen oder auf Toilette gehen und so weiter, kann man darüber reden. Ich bin der Meinung und mir ist ganz klar, dass es die Maskenpflicht für Kinder einfach nicht geben sollte. Es sollte das allerletzte Mittel sein.

Zarah Abendschön-Sawall (Initiative „Familien in der Krise“): Ich würde einen einzigen Satz sagen. Es gibt für Arbeitgeber Regelungen, die nennen sich TOP – Technisch, Organisatorisch, Persönliche Maßnahme. Ich finde, was für den Arbeitsschutz bei Beschäftigten gilt, sollte eigentlich auch für Kinder gelten. Wir sollten erst technische Maßnahmen umsetzen, dann organisatorische Maßnahmen ergreifen, und nur wenn wir sehen, dass diese Maßnahmen nicht genügen, sollten wir Maßnahmen ergreifen, die in den persönlichen Bereich gehen. Einfach um das noch einmal abzurunden.

Vorsitzender: Danke für die Zusammenfassung. Dann Frau Prof. Dr. Voigts.

Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Wenn ich mich richtig erinnere, ist die Frage, die an mich gestellt worden ist, die nach dem Pandemierat. Da muss ich ehrlich sagen, um eine Position beziehen zu können, müsste ich mich mit dem Konzept und was dahinter steht auseinandersetzen. Sinnvoll fände ich es, wenn die Institution, der Ausschuss, der Rat, nennen wir es einen Rat, so haben Sie es ja auch genannt, wirklich auch mit Kompetenzen ausgestattet ist und es Verpflichtungen gibt, dass die Empfehlungen in das politische Geschehen mit



einbezogen werden. Wenn es einfach nur eine freie Runde ist, wo sich wieder Leute treffen und unterhalten, dann fände ich es nicht so sinnvoll. Ich kann mir jedoch durchaus vorstellen, dass man so etwas so ausgestalten kann, dass damit auch tatsächlich eine Entscheidungskompetenz verbunden ist. Wichtig ist mir an der Stelle, dass wir schon eine Menge Zusammenschlüsse haben, die man befragen und dort Rat einholen kann. In der Kinder- und Jugendhilfe ist es das Bundesjugendkuratorium, welches extra dafür da ist, die Bundesregierung zu beraten. Die könnte man befragen und einbeziehen. Wir haben verschiedene Interessenvertretungen, der Bundesschüler*innenrat wäre ein Stichwort, Deutscher Bundesjugendring haben Sie schon gehört, ich weiß. Was mir beim Stichwort Pandemierat noch wichtig wäre ist, dass je jünger Menschen sind, desto eher müssen sie auf den kommunalen und den Landesebenen angehört werden. Wenn wir also darüber sprechen, wie zum Beispiel die Schule anders gestaltet werden kann, dann ist es wichtig, dass wir das in den einzelnen Schulen vor Ort hören. Das ist noch einmal das Werben um differenzierende Entscheidungen. Im Föderalismus akzeptieren wir immer, oder müssen es auch akzeptieren, dass jedes Land etwas anderes macht. Aber wenn es um Jugendliche und Kinder geht, dann hören wir irgendwie auf, das zu akzeptieren. Da würde ich einfach für werben wollen.

Das Letzte, was ich sagen möchte, ist, dass ich Ihnen einfach herzlich für Ihr Engagement danken möchte. Ich finde, es hat interessante Sitzungen der Kinderkommission gegeben, und das ist ja dankenswerterweise alles nachverfolgbar. Ich finde, Sie setzen sich sehr intensiv mit dem Thema auseinander, hören viele an, und ich habe den Eindruck, dass das sonst keiner tut. Also Kompliment dafür, herzlichen Dank. Ich wünsche mir einfach, dass es Ihnen gelingt, das viele gute Material mit in Ihre Fraktionen zu nehmen, und ich wünsche Ihnen, dass es Ihnen in guter Geschichte, so bewerte ich es zumindest aus meiner Zeit der Beobachtung der Kinderkommission auf Bundesebene, gelingt, tatsächlich ein Papier oder Forderungen am Ende zu haben, mit dem Sie sich über das, was in den Fraktionen passiert, zum Teil hinwegsetzen können. Das ist Ihre Chance. Ich wünsche Ihnen das im Sinne der Kinder und

Jugendlichen in diesem Land. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Voigts. Das Kompliment nehmen wir gerne entgegen und versuchen, den Wunsch zu erfüllen, dass wir am Ende zu einer Stellungnahme kommen. Das versuchen wir immer und häufig gelingt es auch. Herr Prof. Dr. Meyer, Sie haben sozusagen das letzte Wort mit Blick auf die Uhr.

Prof Dr. Nikolaus Meyer (Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda): Vielen Dank. Ich denke, die Idee eines Pandemierates, die ist sicherlich nicht verkehrt. Die Frage wäre natürlich, wer soll denn da rein? Natürlich haben irgendwie alle aktuell gegenüber der Politik großes Interesse, ihre auch berechtigten Forderungen zu artikulieren. Aus meiner Sicht ist natürlich klar, dass die soziale Arbeit auf jeden Fall darin vertreten sein müsste. Die spannende Aufgabe, die die soziale Arbeit hat, wenn man es auf das Bild des Krankenhauses übertragen möchte, dass dort der präventive Ansatz genauso zuhause ist, wie die Notaufnahme. Sie ist insofern eigentlich ein spannender Ort für die ganze Gesellschaft und letztlich den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft. Insofern ist die Idee sicherlich gut. Es bleiben aber eben die bundesländer spezifischen Unterschiede. Ich glaube, es kann eine Ergänzung von Maßnahmen sein, die es auch auf Länderebene gibt. Da gibt es gerade jetzt mit Bezug auf Kinder und Jugendliche im SGB VIII so etwas wie diesen Landesjugendhilfeausschuss, der als Gremium letztlich sogar schon da ist. Für dieses Handlungsfeld Kinder- und Jugendhilfe ist das die einzige Ausschussform, die eigentlich wirklich die Interessen artikulieren kann. Für alle anderen Sozialgesetzbücher gibt es so etwas überhaupt nicht. Das ist ein Riesenmanko, weil es eigentlich kein Gremium gibt, in dem man wirklich einmal auch mit anderen in Interaktion treten kann. Insofern, ja – aber wäre die Antwort. Zu der Frage nach den Coronafolgen: Es gibt sehr gute und auch sehr etablierte Forschung und auch schon Ergebnisse.

Zu der Frage, welche Auswirkungen kurzfristig für die Adressat*innen da sind? Aus meiner Sicht fehlt im Prinzip im Moment noch die Ausleuchtung



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

dieses Wechselverhältnisses zwischen Arbeitsbedingungen einerseits und der Frage, wie sind denn die? Natürlich ist klar, dass gute Arbeitsbedingungen eine bessere Hilfe für Adressat*innen möglich machen als schwierige oder sich schwierig verändernde Arbeitssituationen. Also dieses Wechselverhältnis zwischen Arbeitsbedingungen und den Folgen für die Adressant*innen ist im Moment noch offen.

Vorsitzender: So, das ist für die heutige Sitzung, glaube ich, eine Punktlandung. Vielen Dank an unsere vier Sachverständigen. Vielen Dank Frau Prof. Dr. Voigts, dass das über diese digitale Webex-Geschichte so super geklappt hat. Wir sind hier Lernende und haben das, glaube ich, heute ganz gut gemeistert. Damit werden wir in den nächsten Wochen öfter beschäftigt sein, auch im Mutterausschuss, der das auch so erst einmal bis

Ende Dezember handhaben wird. Wir werden versuchen, alle Ihre Empfehlungen aus dem Protokoll herauszudestillieren und in eine Stellungnahme der Kinderkommission einfließen zu lassen. Ich kann Ihnen sagen, das ist nicht immer ganz so einfach, manchmal wegen der schieren Masse an Informationen, und dann sind wir hier natürlich auch mit unterschiedlichen politischen Backgrounds ausgestattet. Das heißt, uns stehen noch einige Wochen Diskussionen bevor. Gleichzeitig erleben wir das Pandemiegesehen, die sich verändernden Bedingungen und die permanenten Erkenntnisse, die aus der Wissenschaft auf uns einströmen, die heute noch völlig andere sind als im März und möglicherweise im März auch wieder andere sein werden als heute. Ich schließe die heutige Sitzung. Wir sehen uns in zwei Wochen in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages wieder. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 16.34 Uhr



Norbert Müller (Potsdam), MdB
Vorsitzender